

# N i e d e r s c h r i f t

Über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am, Montag, 22.05.2023,  
Beginn: 18:30, Ende: 20:45, Rathaus Brühl, Großer Sitzungssaal

---

Zur Beurkundung der Niederschriften

Das Gremium:

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

---

## **Vorsitzender**

Herrn Bürgermeister Dr. Ralf Göck

## **CDU**

Herr Hans Faulhaber  
Herr Thomas Gaisbauer  
Herr Wolfram Gothe  
Herr Bernd Kieser  
Herr Nico Reffert  
Herr Uwe Schmitt  
Herr Michael Till

## **SPD**

Herr Hans Hufnagel  
Frau Kirsten Rempp  
Frau Gabriele Rösch  
Herr Steven Smith  
Herr Hans Zelt

## **FW**

Frau Ursula Calero Löser  
Herr Jens Gredel  
Herr Klaus Pietsch  
Frau Elke Schwenzer  
Frau Heidi Sennwitz  
Frau Claudia Stauffer

## **GLB**

Herr Peter Frank  
Frau Ulrike Grüning  
Herr Dr. Peter Pott

anwesend bis 20:10 Uhr

## **Sonstige Teilnehmer**

Herr Pascal Wasow

**Verwaltung**

Herr Dr. Andreas Askani  
Herr Reiner Haas  
Anna-Lena Schneider  
Frau Birgit Sehls  
Herr Andreas Willemsen

**Schriftführer**

Herr Jochen Ungerer

**Abwesend**

Herr Selcuk Gök

**GLB**

Frau Dagmar Krebaum

Nach Eröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende fest dass

1. zu der Sitzung durch Ladung vom [11.05.2023](#) ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am [20.05.2023](#) ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. das Gremium beschlussfähig ist, weil mindestens [12](#) Mitglieder anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

**TOP: 1 öffentlich**

**Bekanntgabe der Beschlüsse der letzten nichtöffentlichen Sitzung**

Bürgermeister Dr. Göck gab bekannt, dass für die Schulen der DigitalPakt 2019 verabschiedet wurde, bei dem iPads und weitere Geräte für die beiden Grundschulen angeschafft werden. Weiterhin teilte er mit, dass Gebäudereinigungen an eine Firma in Lampertheim vergeben wurden.

**TOP: 2 öffentlich**

**Ausscheiden von Gemeinderat Selcuk Gök aus dem Gemeinderat wegen Verlust der Wählbarkeit gemäß § 28 Gemeindeordnung**

2023-0071

**Beschluss:**

Es wird festgestellt, dass das bisherige Mitglied des Gemeinderats, Herr Selcuk Gök, wegen Verlust der Wählbarkeit zum 22.05.2023 aus dem Gemeinderat ausscheiden wird.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Bei der Gemeinderatswahl am 26.05.2019 ist Herr Selcuk Gök auf dem Wahlvorschlag der Sozial Demokratischen Partei auf Platz 5 gewählt worden.

Mit Schreiben vom 26.04.2023 stellt Herr Gök den Antrag, gemäß § 28 (Verlust der Wählbarkeit) der Gemeindeordnung aus dem Rat der Gemeinde zum nächstmöglichen Zeitpunkt ausscheiden zu können.

In seiner Begründung führt Herr Gök aus, dass zukünftig sein Lebensmittelpunkt außerhalb Brühls liegen wird.

Gemäß § 13 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat er das Bürgerrecht in der Gemeinde verloren und wird automatisch aus dem Gemeinderat der Gemeinde Brühl zum 22.05.2023 ausscheiden.

Nach § 31 der Gemeindeordnung hat der Gemeinderat zur Klarstellung der Rechtslage das Ausscheiden festzustellen.

**Diskussionsbeitrag:**

Die Tagesordnungspunkte 2 und 6 wurden zusammengefasst.

Bevor Bürgermeister Dr. Göck kurz den Sachverhalt der beiden Vorlagen verlas teilte er mit, dass sich Selcuk Gök auf Grund seiner Bürgermeistertätigkeit in Tengen entschuldigen ließ. Der neue Bürgermeister von Epfenbach, Pascal Wasow, war anwesend und Bürgermeister Dr. Göck richtete seine Dankesworte an ihn und den abwesenden Selcuk Gök. Er bedankte sich für die gute Zusammenarbeit bei beiden Gemeinderäten und neuen Bürgermeistern und wünschte ihnen für die Zukunft immer ein gutes Händchen beim Führen ihrer Gemeinden.

Gemeinderätin Rösch ergriff für die SPD-Fraktion das Wort und bedankte sich ebenfalls mit einem kurzen Wortbeitrag bei den ausscheidenden Räten.

Der Gemeinderat stimmte dem Ausscheiden von Selcuk Gök und Pascal Wasow einstimmig zu.

**TOP: 3 öffentlich**

**Gemeinderatsdienst - Ablehnung von Herrn Thomas Stauffer als Nachrücker für Selcuk Gök**

2023-0072

**Beschluss:**

Der dargelegte Tatbestand wird als wichtiger Grund im Sinne des § 16 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg anerkannt.

Es wird festgestellt, dass Herr Thomas Stauffer gemäß § 16 in Verbindung mit § 31 nicht in den Gemeinderat nachrücken muss.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Bei der Gemeinderatswahl am 26.05.2019 ist Herr Thomas Stauffer auf dem Wahlvorschlag der SPD auf Platz 7 der Liste gewählt worden. Er wäre der nächste Nachfolger auf den ausscheidenden Gemeinderat Selcuk Gök.

Herr Thomas Stauffer hat seine Ablehnung am 04.05.2023 schriftlich mitgeteilt und persönlich abgegeben und sich auf § 16 GemO Absatz 6 berufen. Darin heißt es:

- (1) Der Bürger kann eine ehrenamtliche Tätigkeit aus wichtigen Gründen ablehnen oder sein Ausscheiden verlangen. Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn der Bürger mehr als 62 Jahre alt ist.

Nach § 31 (2) der Gemeindeordnung hat der Gemeinderat zur Klarstellung der Rechtslage das Nichtantreten festzustellen.

**Diskussionsbeitrag:**

Bürgermeister Dr. Göck gab die Ablehnungsgründe von Herrn Stauffer kurz bekannt. Herr Stauffer beruft sich auf § 16 GemO Absatz 6

**TOP: 4 öffentlich**

**Gemeinderatsdienst - Ablehnung von Herrn Jürgen Meyer als Nachrücker für Selcuk Gök**

2023-0073

**Beschluss:**

Der dargelegte Tatbestand wird als wichtiger Grund im Sinne des § 16 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg anerkannt.

Es wird festgestellt, dass Herr Jürgen Meyer gemäß § 16 in Verbindung mit § 31 nicht in den Gemeinderat nachrücken muss.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Bei der Gemeinderatswahl am 26.05.2019 ist Herr Jürgen Meyer auf dem Wahlvorschlag der SPD auf Platz 8 der Liste gewählt worden. Er wäre nach Thomas Stauffer, der die Berufung abgelehnt hat, der nächste Nachfolger auf den ausscheidenden Gemeinderat Selcuk Gök.

Herr Jürgen Meyer hat seine Ablehnung am Abend des 04.05.2023 schriftlich mitgeteilt und persönlich übergeben und sich auf § 16 GemO Absatz 7 berufen. Darin heißt es:

- (2) Der Bürger kann eine ehrenamtliche Tätigkeit aus wichtigen Gründen ablehnen oder sein Ausscheiden verlangen. Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn der Bürger durch die Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit in der Fürsorge für die Familie erheblich behindert wird.

Nach § 31 (2) der Gemeindeordnung hat der Gemeinderat zur Klarstellung der Rechtslage das Nichtantreten festzustellen.

**Diskussionsbeitrag:**

Bürgermeister Dr. Göck gab die Ablehnungsgründe von Herrn Meyer kurz bekannt. Herr Meyer beruft sich auf § 16 GemO Absatz 1

Gemeinderat Gothe bemerkte, dass sich ein Gemeinderat im Vorfeld seiner Aufgabe bewusst sein muss.

Dr. Göck erklärte nochmals die Gründe von Herrn Meyer und bat um Abstimmung.

**TOP: 5 öffentlich**

**Gemeinderatsdienst - Nachrücken von Frau Kirsten Rempp und ihre Verpflichtung**

2023-0074

Bei der Gemeinderatswahl am 26.05.2019 ist Herr Selcuk Gök auf dem Wahlvorschlag der SPD auf Platz 5 der Liste gewählt worden. Mit Wirkung zum 22.05.2023 scheidet er wegen Verlust der Wählbarkeit im Sinne von § 28 GemO aus dem Gemeinderat aus.

Die als Ersatzkandidaten festgestellten Bewerber Thomas Stauffer (Platz 7) und Jürgen Meyer (Platz 8) haben aus wichtigem Grund im Sinne von § 16 GemO (6 & 7) die Berufung mit Schreiben vom 04.05.2023 (Stauffer) und 05.05.2023 (Meyer) abgelehnt. Die nächste Ersatzkandidatin auf Platz 9 ist Frau

**Kirsten Rempp  
Robert-Koch-Straße 3**

die somit in den Gemeinderat nachrückt.

Frau Rempp hat mit Schreiben vom 08.05.2023 mitgeteilt, dass sie bereit ist, das durch Ausscheiden von Gemeinderat Selcuk Gök frei gewordene Amt als Mitglied des Gemeinderates der Gemeinde Brühl anzunehmen. Ihr sind keine Umstände bekannt, die sie an der Übernahme des Amtes hindern.

Nachdem festgestellt war, dass Hinderungsgründe im Sinne des § 29 der Gemeindeordnung nicht bestehen, wurde die neue Gemeinderätin durch den Bürgermeister öffentlich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten verpflichtet. Er wies sie zunächst auf die Wichtigkeit und Bedeutung der Verpflichtung hin und belehrte sie über die sich aus der Übernahme des Amtes erwachsenden Pflichten.

Sodann wurde ihr die Verpflichtungsformel vorgelesen.

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Gemeinde gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das der Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Hierauf wurde der Verpflichteten der Handschlag abgenommen.

**TOP: 6 öffentlich**

**Ausscheiden von Gemeinderat Pascal Wasow aus dem Gemeinderat aus wichtigem Grund gemäß § 16 Gemeindeordnung**

2023-0082

**Beschluss:**

Es wird festgestellt, dass das bisherige Mitglied des Gemeinderats, Herr Pascal Wasow, wegen seiner neuen Aufgabe als Bürgermeister von Epfenbach zum 22.05.2023 aus dem Gemeinderat ausscheiden wird.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Bei der Gemeinderatswahl am 26.05.2019 ist Herr Pascal Wasow auf dem Wahlvorschlag der Sozial Demokratischen Partei auf Platz 3 gewählt worden.

Mit Schreiben vom 08.05.2023 stellt Herr Wasow den Antrag, gemäß § 16 (Ablehnung ehrenamtlicher Tätigkeit) der Gemeindeordnung aus dem Rat der Gemeinde zum nächstmöglichen Zeitpunkt ausscheiden zu können.

In seiner Begründung führt Herr Wasow aus, dass er durch seine neue Aufgabe als Bürgermeister von Epfenbach häufig oder lang dauernd von der Gemeinde beruflich abwesend ist.

Nach § 31 der Gemeindeordnung hat der Gemeinderat zur Klarstellung der Rechtslage das Ausscheiden festzustellen.

**Diskussionsbeitrag:**

Die Tagesordnungspunkte 2 und 6 wurden zusammengefasst.

Bevor Bürgermeister Dr. Göck kurz den Sachverhalt der beiden Vorlagen verlas teilte er mit, dass sich Selcuk Gök auf Grund seiner Bürgermeistertätigkeit in Tengen entschuldigen ließ. Der neue Bürgermeister von Epfenbach, Pascal Wasow, war anwesend und Bürgermeister Dr. Göck richtete seine Dankesworte an ihn und den abwesenden Selcuk Gök. Er bedankte sich für die gute Zusammenarbeit bei beiden Gemeinderäten und neuen Bürgermeistern und wünschte ihnen für die Zukunft immer ein gutes Händchen beim Führen ihrer Gemeinden.

Gemeinderätin Rösch ergriff für die SPD-Fraktion das Wort und bedankte sich ebenfalls mit einem kurzen Wortbeitrag bei den ausscheidenden Räten.

Der Gemeinderat stimmte dem Ausscheiden von Selcuk Gök und Pascal Wasow einstimmig zu.

**TOP: 7 öffentlich**

**Gemeinderatsdienst - Nachrücken von Herrn Steven Smith und seine Verpflichtung  
2023-0083**

Bei der Gemeinderatswahl am 26.05.2019 ist Herr Pascal Wasow auf dem Wahlvorschlag der SPD auf Platz 3 der Liste gewählt worden. Mit Wirkung zum 22.05.2023 scheidet er wegen eines wichtigen Grundes im Sinne von § 16 GemO aus dem Gemeinderat aus.

Der nächste Ersatzkandidat auf Platz 10 ist Herr

**Steven Smith  
Lindenstraße 11**

der somit in den Gemeinderat nachrückt.

Herr Smith hat mit Schreiben vom 08.05.2023 mitgeteilt, dass er bereit ist, das durch Ausscheiden von Gemeinderat Pascal Wasow frei gewordene Amt als Mitglied des Gemeinderates der Gemeinde Brühl anzunehmen. Ihm sind keine Umstände bekannt, die ihn an der Übernahme des Amtes hindern.

Nachdem festgestellt war, dass Hinderungsgründe im Sinne des § 29 der Gemeindeordnung nicht bestehen, wurde der neue Gemeinderat durch den Bürgermeister öffentlich auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten verpflichtet. Er wies ihn zunächst auf die Wichtigkeit und Bedeutung der Verpflichtung hin und belehrte ihn über die sich aus der Übernahme des Amtes erwachsenden Pflichten.

Sodann wurde ihm die Verpflichtungsformel vorgelesen.

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Gemeinde gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das der Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Hierauf wurde dem Verpflichteten der Handschlag abgenommen.

**TOP: 8      öffentlich**  
**Bestellung der Mitglieder des Ausschusses für Technik und Umwelt**  
2023-0075

**Beschluss:**

Im Wege der Einigung werden aufgrund § 40 der Gemeindeordnung zu Mitgliedern und Stellvertretern des beschließenden Ausschusses für Technik und Umwelt bestellt:

CDU	<u><b>Ordentliche Mitglieder</b></u>
	<i>Faulhaber Hans</i>
	<i>Gothe Wolfram</i>
	<i>Gaisbauer Thomas</i>
	<i>Schmitt Uwe</i>
	<u><b>Reihenfolge-Stellvertreter</b></u>
	<i>Till Michael</i>
	<i>Kieser Bernd</i>
	<i>Reffert Nico</i>
FW	<u><b>Ordentliche Mitglieder</b></u>
	<i>Pietsch Klaus</i>
	<i>Gredel Jens</i>
	<i>Sennwitz Heidi</i>
	<u><b>Reihenfolge-Stellvertreter</b></u>
	<i>Stauffer Claudia</i>
	<i>Schwenzer Elke</i>
	<i>Calero Löser Ursula</i>
SPD	<u><b>Ordentliche Mitglieder</b></u>
	<i>Rösch Gabriele</i>
	<i>Zelt Hans</i>
	<i>Hufnagel Hans</i>



Reihenfolge-Stellvertreter

Smith Steven  
Rempp, Kirsten

GLB

Ordentliche Mitglieder

Dr. Pott Peter  
Frank Peter

Reihenfolge-Stellvertreter

Krebaum Dagmar  
Grüning Ulrike

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Die Fraktionen der SPD stellt den Antrag, aufgrund des Eintritts von Frau Kirsten Rempp und Herrn Steven Smith in den Gemeinderat, den Ausschuss für Technik und Umwelt innerhalb ihrer Fraktion, wie im Beschlussvorschlag aufgeführt, zu ändern.

Die Mitglieder eines beschließenden Ausschusses werden widerruflich bestellt. Der Gemeinderat kann jederzeit mit einfacher Mehrheit beschließen, dass ein beschließender Ausschuss neu gebildet wird, d.h. in seiner personellen Zusammensetzung geändert wird.

Der Gemeinderat kann jedoch nicht mehrheitlich beschließen, dass ein einzelner Gemeinderat durch einen anderen ersetzt wird. Er kann nur eine Neubildung beschließen.

Die Gemeindeordnung geht davon aus, dass über die Zusammensetzung der beschließenden Ausschüsse in der Regel Einigung erzielt wird. Kommt eine Einigung nicht zustande, werden die Mitglieder aufgrund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bindung an die Wahlvorschläge bestellt.

**TOP: 9 öffentlich**

**Bestellung der Mitglieder des Kultur-, Sport- und Partnerschaftsausschusses**  
2023-0076

**Beschluss:**

Im Wege der Einigung werden aufgrund § 40 der Gemeindeordnung zu Mitgliedern und Stellvertretern des beschließenden Kultur-, Sport- und Partnerschaftsausschusses bestellt:

CDU

Ordentliche Mitglieder

Reffert Nico  
Schmitt Uwe  
Gothe Wolfram  
Kieser Bernd

Reihenfolge-Stellvertreter

*Till Michael  
Gaisbauer Thomas  
Faulhaber Hans*

FW

Ordentliche Mitglieder

*Sennwitz Heidi  
Calero Löser Ursula  
Stauffer Claudia*

Reihenfolge-Stellvertreter

*Gredel Jens  
Schwenzer Elke  
Pietsch Klaus*

SPD

Ordentliche Mitglieder

*Rösch Gabriele  
Hufnagel Hans  
Zelt Hans*

Reihenfolge-Stellvertreter

*Smith Steven  
Rempp Kirsten*

GLB

Ordentliche Mitglieder

*Frank Peter  
Krebaum Dagmar*

Reihenfolge-Stellvertreter

*Grüning Ulrike  
Dr. Pott Peter*

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Die Fraktionen der SPD stellt den Antrag, aufgrund des Eintritts von Frau Kirsten Rempp und Herrn Steven Smith in den Gemeinderat, den Ausschuss für Kultur, Sport und Partnerschaft innerhalb ihrer Fraktion, wie im Beschlussvorschlag aufgeführt, zu ändern.

Die Mitglieder eines beschließenden Ausschusses werden widerruflich bestellt. Der Gemeinderat kann jederzeit mit einfacher Mehrheit beschließen, dass ein beschließender Ausschuss neu gebildet wird, d.h. in seiner personellen Zusammensetzung geändert wird.

Der Gemeinderat kann jedoch nicht mehrheitlich beschließen, dass ein einzelner Gemeinderat durch einen anderen ersetzt wird. Er kann nur eine Neubildung beschließen.

Die Gemeindeordnung geht davon aus, dass über die Zusammensetzung der beschließenden Ausschüsse in der Regel Einigung erzielt wird. Kommt eine Einigung nicht zustande, werden die Mitglieder aufgrund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bindung an die Wahlvorschläge bestellt.

**TOP: 10 öffentlich**  
**Bestellung der Mitglieder des Verwaltungsausschusses**  
2023-0077

**Beschluss:**

Im Wege der Einigung werden aufgrund § 40 der Gemeindeordnung zu Mitgliedern und Stellvertretern des beschließenden Verwaltungsausschusses bestellt:

<i>CDU</i>	<u><b>Ordentliche Mitglieder</b></u>
	<i>Kieser Bernd</i>
	<i>Faulhaber Hans</i>
	<i>Reffert Nico</i>
	<i>Gaisbauer Thomas</i>
	<u><b>Reihenfolge-Stellvertreter</b></u>
	<i>Till Michael</i>
	<i>Schmitt Uwe</i>
	<i>Gothe Wolfram</i>
<i>FW</i>	<u><b>Ordentliche Mitglieder</b></u>
	<i>Pietsch Klaus</i>
	<i>Stauffer Claudia</i>
	<i>Schwenzer Elke</i>
	<u><b>Reihenfolge-Stellvertreter</b></u>
	<i>Gredel Jens</i>
	<i>Sennwitz Heidi</i>
	<i>Calero Löser Ursula</i>
<i>SPD</i>	<u><b>Ordentliche Mitglieder</b></u>
	<i>Hufnagel Hans</i>
	<i>Zelt Hans</i>
	<i>Rösch Gabriele</i>
	<u><b>Reihenfolge-Stellvertreter</b></u>
	<i>Rempp Kirsten</i>
	<i>Smith Steven</i>
<i>GLB</i>	<u><b>Ordentliche Mitglieder</b></u>
	<i>Frank Peter</i>
	<i>Krebaum Dagmar</i>
	<u><b>Reihenfolge-Stellvertreter</b></u>
	<i>Dr. Pott Peter</i>
	<i>Grüning Ulrike</i>

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Die Fraktionen der SPD stellt den Antrag, aufgrund des Eintritts von Frau Kirsten Rempp und Herrn Steven Smith in den Gemeinderat, den Verwaltungsausschuss innerhalb ihrer Fraktion, wie im Beschlussvorschlag aufgeführt, zu ändern.

Die Mitglieder eines beschließenden Ausschusses werden widerruflich bestellt. Der Gemeinderat kann jederzeit mit einfacher Mehrheit beschließen, dass ein beschließender Ausschuss neu gebildet wird, d.h. in seiner personellen Zusammensetzung geändert wird.

Der Gemeinderat kann jedoch nicht mehrheitlich beschließen, dass ein einzelner Gemeinderat durch einen anderen ersetzt wird. Er kann nur eine Neubildung beschließen.

Die Gemeindeordnung geht davon aus, dass über die Zusammensetzung der beschließenden Ausschüsse in der Regel Einigung erzielt wird. Kommt eine Einigung nicht zustande, werden die Mitglieder aufgrund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bindung an die Wahlvorschläge bestellt.

#### **TOP: 11 öffentlich**

#### **Vertreter der Gemeinde Brühl in der Verbandsversammlung des Schulverbandes "Bildungszentrum Brühl-Ketsch"**

2023-0078

#### **Beschluss:**

Als weitere Vertreter der Gemeinde Brühl in die Verbandsversammlung des Schulverbandes des „Bildungszentrum Brühl-Ketsch“ werden bestellt:

<b>Fraktion</b>	<b>Vertreter/-in</b>	<b>Stellvertreter/-in</b>
<i>CDU</i>	<i>Till Michael Reffert Nico</i>	<i>Faulhaber Hans Gaisbauer Thomas</i>
<i>FW</i>	<i>Sennwitz Heidi</i>	<i>Schwenzer Elke</i>
<i>SPD</i>	<i>Rösch Gabriele</i>	<i>Rempp Kirsten</i>
<i>GLB</i>	<i>Grüning Ulrike</i>	<i>Krebaum Dagmar</i>

#### **Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Die Verbandsversammlung des Schulverbandes Bildungszentrum Brühl-Ketsch besteht aus den Bürgermeistern der Verbandsmitglieder und aus 10 weiteren Vertretern, von denen 5 auf die Gemeinde Brühl und 5 auf die Gemeinde Ketsch entfallen. Für jeden weiteren Vertreter wird ein Stellvertreter bestimmt. Diese weiteren Vertreter und Stellvertreter werden vom Gemeinderat der Verbandsmitglieder unwiderruflich gewählt. Für die Wahl finden gem. § 13 Abs. 4 GKZ die Regelung des § 40 GemO entsprechende Anwendung.

§ 40 Abs. 2 GemO geht davon aus, dass die Zusammensetzung der beschließenden Ausschüsse und damit auch die Entsendung von Mitgliedern des Gemeinderats in die Verbandsversammlung von Zweckverbänden in der Regel im Wege der Einigung erfolgt.

Das bedeutet, dass alle anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dem Vorschlag über die personelle Besetzung durch Akklamation zustimmen müssen. Es wird dabei vom Prinzip der demokratischen Repräsentation der Parteien und Wählervereinigungen entsprechend ihrer Stärkeverhältnisse im Gemeinderat ausgegangen.

Kommt keine Einigung über die Zusammensetzung zustande, werden die Mitglieder von den Gemeinderäten aufgrund von Wahlvorschlägen nach dem Grundgesetz der Verhältniswahl unter Bindung an die Wahlvorschläge gewählt. Wird nur ein gültiger oder kein Wahlvorschlag eingereicht, findet Mehrheitswahl ohne Bindung an die vorgeschlagenen Bewerber statt (§ 40 Abs. 2 GemO in Verbindung mit § 10 DVO GemO).

Bei der Verhältniswahl können auch gemeinsame Wahlvorschläge von mehreren Gemeinderatsfraktionen eingereicht werden (Koalition). Hier ist eine Stimme pro Wahlvorschlag abzugeben. Die Sitzverteilung erfolgt nach Sainte-Lague/Schepers. Bei der Mehrheitswahl hat jeder Gemeinderat so viele Stimmen wie Mitglieder zu wählen sind. Es sind die Bewerber mit den höchsten Stimmzahlen in der Reihenfolge dieser Zahlen gewählt. Kommt es in beiden Verfahren bei beiden Wahlarten zu Stimmgleichheit, entscheidet das Los. Die Durchführung der Wahl richtet sich nach § 37 Abs. 7 GemO.

Die SPD stellt den Antrag, aufgrund des Eintritts von Frau Kirsten Rempp in den Gemeinderat, die Vertreter in der Verbandsversammlung, wie im Beschlussvorschlag aufgeführt, zu ändern.

**TOP: 12 öffentlich**  
**Bestellung der Mitglieder der Wohnungsvergabekommission**  
2023-0079

**Beschluss:**

In die Wohnungsvergabekommission werden berufen:

<b>Mitglied</b>	<b>persönliche/r Stellvertreter/in</b>
Uwe Schmitt	Bernd Kieser
Hans Faulhaber	Wolfram Gothe
Klaus Pietsch	Jens Gredel
Heidi Sennwitz	Claudia Stauffer
Gabriele Rösch	Steven Smith
Hans Hufnagel	Kirsten Rempp
Dr. Peter Pott	Peter Frank

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Der Gemeinderat hat am 08.07.1991 beschlossen, eine Wohnungsvergabekommission als beratendes Gremium zu bilden. Richtlinien sollte sich die Kommission nach zuvor festzulegenden Kriterien selbst geben.

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, aufgrund des Ausscheidens der Herrn Selcuk Gök und Pascal Wasow aus dem Gemeinderat, die Wohnungsvergabekommission wie im Beschlussvorschlag aufgeführt zu ändern.

**TOP: 13 öffentlich**

**Bestellung der Mitglieder des Arbeitskreises "Lokale Agenda 21"**

2023-0080

**Beschluss:**

In den Arbeitskreis „Lokale Agenda 21“ werden berufen:

<u>Fraktion</u>	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter/in</u>
CDU	Bernd Kieser Faulhaber Hans	Michael Till Wolfram Gothe
FW	Jens Gredel Elke Schwenzer	Klaus Pietsch Claudia Stauffer
SPD	Hans Hufnagel Steven Smith	Gabriele Rösch Kirsten Rempp
GLB	Dr.Peter Pott	Ulrike Grüning

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Die Fraktion der SPD stellt den Antrag, aufgrund des Eintritts von Frau Kirsten Rempp und Herrn Steven Smith in den Gemeinderat, den Arbeitskreis der „Lokalen Agenda 21“ innerhalb ihrer Fraktion, wie im Beschlussvorschlag aufgeführt, zu ändern.

Die Mitglieder des Arbeitskreises „Lokale Agenda 21“ werden widerruflich bestellt. Der Gemeinderat kann jederzeit mit einfacher Mehrheit beschließen, dass der Arbeitskreis „Lokale Agenda 21“ neu gebildet wird, d.h. in seiner personellen Zusammensetzung geändert wird.

Der Gemeinderat kann jedoch nicht mehrheitlich beschließen, dass ein einzelner Gemeinderat durch einen anderen ersetzt wird. Er kann nur eine Neubildung beschließen.

Die Gemeindeordnung geht davon aus, dass über die Zusammensetzung des Arbeitskreises in der Regel Einigung erzielt wird. Kommt eine Einigung nicht zustande, werden die Mitglieder aufgrund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bindung an die Wahlvorschläge bestellt.

**TOP: 14 öffentlich**

**Vorstellung der bisherigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe Mobilität  
(Arbeitsgemeinschaft Klimaschutz) zur Kenntnisnahme**

2023-0022/1

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Berichte der Arbeitsgruppen über deren Arbeitsergebnisse dankend zur Kenntnis. Die Arbeitsgruppen sollen weiterhin die Gedanken des Klimaschutzes in die Bevölkerung hineinbringen mit dem Ziel zu motivieren, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in den Bereichen Energie, Nachhaltigkeit und Mobilität einen Beitrag leisten kann. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, ob Vorschläge zu den verschiedenen Themenfeldern umsetzbar sind und was die „Konditionen“ dafür sind.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft Klimaschutz am 05. Mai 2022 haben sich die Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien, die Arbeitsgruppe Mobilität und die Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit und Kommunikation gegründet.

Sinn der Arbeitsgruppen ist es, den Klimaschutz über die Politik und die Verwaltung hinaus in die Bevölkerung hinein zu tragen und für Klimaschutzmaßnahmen zu werben und deren Vorteile aufzuzeigen.

Die Arbeitsgruppe Mobilität hat ihre Ergebnisse dem Ausschuss für Technik und Umwelt am 13.02.2023 und die Gruppen Erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit und Kommunikation am 03.04.2023 in nichtöffentlicher Sitzung bereits vorgestellt.

Die Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien besteht aktuell aus 19 aktiven Mitgliedern und beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Thema Photovoltaik und im Speziellen mit der Beratung der Bürgerschaft zu Balkonkraftwerken.

In der Arbeitsgruppe Mobilität erarbeiten momentan 10 aktive Mitglieder an Ideen und Vorschlägen in den Bereichen Rad-, Fuß-, Individualverkehr und ÖPNV.

Die Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit und Kommunikation zählt derzeit 12 Mitglieder und beschäftigt sich mit verschiedenen Themen zur Nachhaltigkeit und deren Kommunikation in die Bürgerschaft.

Vertreter\_innen der Arbeitsgruppen werden dem Gemeinderat mit einem mündlichen Bericht ihre bisherigen Ergebnisse zu den einzelnen Themenfeldern präsentieren.

**Diskussionsbeitrag:**

Herr Helmut Sprengel übernahm die Präsentation für die Arbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energien.

Aus den ursprünglich 5 Mitgliedern seien es zurzeit 15, was für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft spräche.

Herr Sprengel präsentierte eine Karte von Brühl aus dem Energieatlas, welche die Möglichkeiten für PV-Anlagen auf Dächern zeigte.

Er ging kurz auf die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und der Gemeinde Brühl ein.

Bis 2030 soll der Aufbau eines Energiemanagements in Brühl abgeschlossen sein. Bis 2040 sollen weitgehende Umsetzungen der geplanten Klimaschutzmaßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept oder dem eea umgesetzt sein. Bis 2040 wird weitgehend eine klimaneutrale Kommunalverwaltung angestrebt.

Herr Sprengel umriss kurz die Arbeiten der AG Erneuerbare Energien. So wurde ein Flyer zu Mini-PV Anlagen erstellt. Seit Oktober 2022 bietet die AG Erneuerbare Energien immer am ersten Freitag eines Monats einen Infostand in der Gemeindebücherei an, bei der sich interessierte Bürgerinnen und Bürger über Balkon-PV-Anlagen informieren können. Bis April haben schon über 300 Interessierte diese 8 Termine genutzt.

In der Gemeindebücherei wurde zu Anschauungszwecken eine Balkon-PV-Anlage installiert.

Die AG Erneuerbare Energien initiieren die Solar-Offensive Brühl mit neuen Förderrichtlinien für PV-Anlagen und der Prüfung und Umsetzung von PV auf gemeindeeigenen Dächern, Parkplätzen etc.

Weiterhin prüft die AG weitere Möglichkeiten der nachhaltigen Energiegewinnung.

Herr Sprengel verwies auf die Fördersummen des Landes für Parkplatz-PV (€ 100.000,--) und bat den Gemeinderat, dies in ihre weiteren Überlegungen mit einzubeziehen.

Für die AG Erneuerbare Energien liegt der Schwerpunkt der Erneuerbaren Energien in Brühl ganz klar bei PV-Anlagen auf Dächern. Herr Sprengel unterbreitete einen Vorschlag an den Gemeinderat und die Verwaltung:

1. Klare Priorisierung der Gemeinderessourcen für die Planung und Umsetzung von PV-Projekten. Z.B. PV-Planung vor Parkplätzen an Freizeiteinrichtungen
2. Priorität der Nutzung von Dachflächen vor Freiflächen für PV-Anlagen
3. Die Gemeindeverwaltung prüft die mögliche Beteiligung an einer Bürgerenergiegesellschaft, insbesondere um die Verwaltungsdienstleistungen zu übernehmen.

Herr Sprengel fasste auch weitere Themen für die AG Erneuerbare Energien kurz zusammen:

- Ausweitung des Erfahrungsaustausches auf Wärme (Pumpen, Fernwärme)
- Evtl. Wasserkraft aus Leimbach, Energiespeicherlösungen, Stromsharing
- Windkraft schloss die AG für Brühl fast gänzlich aus
- Für Tiefengeothermie sieht die AG aktuell keinen zusätzlichen, wertgenerierenden Beitrag

Bürgermeister Dr. Göck bedankte sich bei Herrn Sprengel für die Präsentation und die Zusammenfassung der Ergebnisse und verwies noch auf den Flyer der AG, welcher auch auf der Homepage unter Klimaschutz heruntergeladen werden könne.

Gemeinderat Dr. Pott präsentierte als nächstes die Ergebnisse der AG Mobilität.

Die AG hatte sich die Punkte Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV und Individualverkehr zur Aufgabe gemacht.



Beim Fußverkehr legte die AG den Schwerpunkt auf den Walking Bus – ein Zusammenschluss von Schülerinnen und Schüler, welche anstatt mit dem Auto zu Fuß zu den Schulen kommen sollten und von einem oder mehreren Erwachsenen begleitet werden sollten. Hintergrund sei, so Dr. Pott, dass alle Wohnungen max. 900 m von einer Einrichtung entfernt seien.

Leider, so Dr. Pott, fehle aber die Zusage der Schulen, sich ebenfalls für den Walking Bus einzusetzen und zu begeistern. Es gebe aber den SpoSpiTo-Bewegungsspass, der durch eine Stempelkarte das Laufen fördere und durch Belohnungen zum Mitmachen anrege.

Klimamanagerin Sehls ergriff daraufhin kurz das Wort und berichtete über die Gespräche mit den Schulleiterinnen von Jahn- und Schillerschule. Durch die verschiedenen Angebote des Horts am Morgen und auch am Nachmittag und unterschiedlichen Schulzeiten könne es laut den Schulleitungen keine immer gleichen Gruppen geben, so dass eine Organisation durch die Schulen unmöglich sei. Jedoch sei in der Jahnschule die Aktion SpoSpiTo-Bewegungsspass bereits zum zweiten Mal durchgeführt worden und es bestehe generell auch nach Beendigung der Aktion die Bereitschaft zu Fuß, mit dem Roller oder Fahrrad zur Schule zu kommen.

Herr Dr. Pott ging auf den Radverkehr ein und forderte eine bessere Ausschilderung der bestehenden Radwege. Weiterhin präsentierte Dr. Pott kurz die möglichen Straßen, welche aus Sicht der AG für Radwege genutzt werden sollten. Er zeigte sich enttäuscht, dass die Verwaltung und die Polizei mit irgendwelchen „hergeholten Daten“ sich gegen die von der AG Mobilität vorgeschlagenen Straßen aussprach. Diese Wortwahl ließ Haupt- und Ordnungsamtsleiter Jochen Ungerer nicht gelten und verwies auf die Zusammensetzung des Gremiums, welches sich intensiv mit den Vorschlägen der AG Mobilität auseinandergesetzt habe. Die Daten seien klar belegbar und auch der AG Mobilität durch Herrn Ungerer bei einem Meeting mitgeteilt worden. Von irgendwelchen Daten kann somit keine Rede sein. Dem Gremium, so Herr Ungerer gehörte neben der Polizei, das Straßenverkehrsamt, das Amt für Straßen- und Radwegbau und die Stabstelle Nachhaltige Mobilität an.

Herr Triebkorn, ebenfalls Mitglied in der AG Mobilität, sprach die unmöglichen Zustände in der Mannheimer Straße an, in der der Fahrradfahrer nicht wahrgenommen wird. Er forderte für ganz Brühl Tempo 30.

Dr. Göck stellte klar, dass als nächstes erst einmal Tempo 30 für den Schrankenbuckel angeordnet werden soll. Danach wird man in Brühl und Rohrhof weiter schauen, was als nächstes angegangen werden soll.

Nach dieser Klarstellung ging Dr. Pott zum ÖPNV über und forderte für die AG Mobilität bessere Anschlüsse, um in kürzeren Zeitpunkten Mannheim (20 Minuten) und Heidelberg (35 Minuten) besser erreichen zu können. Die AG wisse, dass die Verhandlungen zum ÖPNV erst in ein paar Jahren anstehen, baten aber zu prüfen ob die Taktungen nicht angepasst werden könnten.

Als letzten Punkt sprach Dr. Pott den Individualverkehr an. Die AG Mobilität begrüßte, dass Brühl außerhalb der für den Betrieb von Elektro-Rollern zugelassenen Bereich liege. Die AG wünsche sich ein größeres Angebot an Car-Sharing und forderte eine Aufklärung der potenziellen Nutzer über Kosten und Procedere. Weiterhin sieht die AG einen Bedarf an Bike-Sharing-Angeboten, um dies zwischen Schwetzinger Bahnhof oder Rheinau Bahnhof zu nutzen.

Weiterhin bat die AG die Verwaltung, mit der Stadt Mannheim das Gespräch zu suchen, um ein kleines Fahrradparkhaus am Rheinauer Bahnhof zu errichten, da dort ein hoher Vandalismus festzustellen sei und somit viele Pendler auf die Fahrt mit dem Fahrrad verzichten würden.

Als Fazit, so Dr. Pott, ist es von größter Wichtigkeit, den ÖPNV auszubauen und zuverlässig zu machen.

Dr. Göck dankte der AG Mobilität für die Arbeit und die Ausführung.

Gemeinderätin Grüning (GL) schlug vor, den ADFC mit ins Boot bei der Fahrradwegekommission zu holen.

Dies sagte Dr. Göck zu, betonte aber, dass an dieser Sitzung auch Polizei, Straßenverkehrsamt und Amt für Straßen- und Radwegebau beteiligt werden müssten.

Gemeinderat Hufnagel (SPD) könne sich vorstellen, dass die Lokale Agenda 21 mit ihren Mitgliedern sich der ganzen Sache annehmen sollte.

Dr. Göck fand dies eine gute Idee und wolle dies an die Verwaltung weitergeben.

Klimamanagerin Sehls stellte die Ergebnisse der AG Nachhaltigkeit vor, die zwischen 10 – 15 Mitglieder habe.

Der Fokus liegt auf den ökologischen Teilbereichen. Die AG möchte nachhaltiges Handeln näherbringen. Hierzu gehöre z.B. lokale Anbieter zu unterstützen, Tausch-Flohmärkte, Grüner Vorgarten und Restmüll einsparen. Durch Aktionen wie Müllsammelaktionen habe man weitere Bürger begeistern können und in Zusammenarbeit mit der Verwaltung über 400 kg Müll gesammelt. Weitere Aktionen sollen hier folgen.

Neben Umfragen zum Thema Nachhaltigkeit soll auch eine eigene Webseite den Fokus auf die Nachhaltigkeit legen und die Bürger so animieren dabei mitzumachen und mitzugestalten.

Gemeinderat Reffert (CDU) bedankte sich bei allen drei Gruppen für deren Ausführung. Er forderte die 3 Gruppen auf, Beschlussanträge für die Verwaltung auszuarbeiten, die dann vom Gemeinderat beraten werden könnten. Weiterhin schlug er der AG Mobilität vor, über LED-Beleuchtung an Fahrradwegen nachzudenken und dem nachzugehen.

Gemeinderat Gredel (FW) dankte ebenfalls den 3 Gruppen für ihre Arbeit und zeigte auf, dass der Gemeinderat mit seinem Beschluss, hohe Förderungen bei Balkon-PV-Anlagen auszuschütten, genau richtig lag, denn die Anzahl der Förderanträge sei sehr hoch und das vorgegebene Budget von 80.000,-- € schon längst überschritten. Zurzeit sei man bei 120.000,-- €. Bei 200.000,-- € sollte aber erst einmal mit der Förderung Schluss sein. Für Herrn Gredel gehören die Arbeitsgruppen und die Förderprogramme eng zusammen. Er dankte Herrn Dr. Askani für dessen Arbeit in der Verwaltung und forderte die Bürger dazu auf, Geld für Umwelt- und Klimaschutz auszugeben, denn dies sei die Zukunft.

Gemeinderat Hufnagel (SPD) dankte ebenfalls für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und sah die größten Probleme bei der AG Mobilität. Die Putzaktionen fand er zwar gut, betonte aber, dass sich jeder Bürger an die eigene Nase fassen sollte wenn Müll herumliege. Gemeinderat Hufnagel betonte, dass Balkonkraftwerke der Renner seien und es wichtig sei, die Bevölkerung weiterhin zu motivieren. Er machte klar, dass aus seiner Sicht das Wärmethema das größere Thema sei, im Gegensatz zum Strom. Auch sei Fernwärme der richtige Weg.

Gemeinderat Frank (GL) dankte ebenfalls den 3 Gruppen und in die Zeit, die die Gruppen in ihre Arbeit investieren. Herr Frank findet die Ergebnisse gut, auch wenn es ab und an Rückschläge gebe. Er begrüßte es, dass dies erstmalig eine richtige Bürgerbeteiligung sei und forderte die Gruppen auf, sich nicht entmutigen zu lassen.

Bürgermeister Dr. Göck dankte ebenfalls nochmals und begrüßte es, dass alle Gruppen repräsentiert wurden. Er betonte, dass in allen Gruppen auch die Verwaltung vertreten sei und diese so gut es geht unterstützen. Zum Carsharing sagte Dr. Göck, dass bei großer Nachfrage nach dem bisher angeschafften Auto auch ein zweites Auto angeschafft werden könnte. Dies müsste aber abgewartet werden.

**TOP: 15 öffentlich**  
**Umweltförderprogramm der Gemeinde Brühl – Inanspruchnahme des Förderprogramms 2023 und Ausweitung der Förderung auf das Deutschlandticket 2023-0081**

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Entwicklung beim Umweltförderprogramm der Gemeinde Brühl zur Kenntnis.

Der Gemeinderat einigte sich darauf, im Oktober alles nochmal zu besprechen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Das Umweltförderprogramm der Gemeinde Brühl hat in den letzten Jahren erheblichen Zulauf erfahren.

Waren in den Jahren 2018 und 2019 noch 67 bzw. 59 Anträge zu bearbeiten (inkl. Umwelt-Abo und Fernwärmeanschlüsse) stieg die Zahl der Anträge in 2020 auf 92, 2021 auf 231 und im letzten Jahr auf 249. Entsprechend haben sich die ausbezahlten Fördergelder entwickelt: 2018: 31.596 €, 2019: 24.422 €, 2020: 65.869 €, 2021 113.634 €, 2022 142.853 €.

In diesem Jahr mit Stand 5. Mai wurden bereits 160 Anträge gestellt und 121.582 € an Fördergeldern ausbezahlt. Damit wurden u.a. 38 PV-Anlagen (59.214,00 €), 13 Wärmepumpen (21.893 €) und 43 Balkonkraftwerke (17.768 €) gefördert. Der Bereich PV-Anlagen (inkl. Balkonkraftwerke) und Wärmepumpen macht mit zusammen 98.875 € rund 81 % der bisher ausgegeben Fördermittel aus.

Die Verwaltung rechnet damit, dass in diesem Jahr die Gesamtfördersumme bei über 200.000 € liegen wird.

Die Förderanträge für den ÖPNV sind seit 2018 zurückgegangen. Wurden 2018 und 2019 noch 40 bzw. 45 Jahreskarten mit 11.167 € bzw. 13.899 € bezuschusst, waren es 2021 und 2022 noch 21 bzw. 17 bezuschusste Jahreskarten. Eine Ursache für den Rückgang der ÖPNV-Nutzung ist wahrscheinlich die durch die Corona-Pandemie forcierte Zunahme von Homeoffice-Arbeitsplätzen.

Nach der derzeitigen Regelung zur Förderung des ÖPNV werden nur Jahreskarten für Jedermann im Abonnement und das Rhein-Neckar-Ticket gefördert. Jahreskarten, die bereits in irgendeiner Weise bezuschusst und daher verbilligt angeboten werden, wie die Karte ab 60 oder das Maxx-Ticket, sind von einer Förderung durch die Gemeinde Brühl ausgenommen.

Das jetzt eingeführte Deutschlandticket für 49 €/Monat ist deutlich billiger als die Jahreskarten (nur erhältlich in den Preisstufen 1, 2 und Verbundgebiet) bzw. das für das gesamte Verbundgebiet geltende Rhein-Neckar-Ticket (101,50 €), selbst wenn diese mit 25 % von der Gemeinde Brühl gefördert werden (außer Preisstufe 1, die liegt mit Förderung rund 3 € unter dem Deutschlandticket, gilt dann aber nur für eine feste Fahrtstrecke).

Insofern ist durch das günstige Deutschlandticket bereits ein ziemlich starker Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV vorhanden. Ob eine weitere Verbilligung durch eine zusätzliche Förderung der Gemeinde Brühl den Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV noch erhöht, ist fraglich. Die Verwaltung geht in diesem Fall eher von einem Mitnahmeeffekt aus.

Außerdem ist anzunehmen, dass der Verwaltungsaufwand steigt, weil das Deutschlandticket monatlich kündbar ist und diejenigen, die das Ticket nur kaufen, um ein oder zweimal im Nahverkehr Ausflüge zu unternehmen, dann ebenfalls den Zuschuss beantragen können. Eine echte Förderung des ÖPNV ist dadurch nicht gegeben.

Aus diesen Gründen sollte aus Sicht der Verwaltung die Förderung des ÖPNV nicht auf das Deutschlandticket ausgeweitet werden.

#### **Diskussionsbeitrag:**

Bürgermeister Dr. Göck stellte den Sachverhalt kurz dar. Das Umweltförderprogramm der Gemeinde Brühl hat in den letzten Jahren erheblichen Zulauf erfahren.

Waren in den Jahren 2018 und 2019 noch 67 bzw. 59 Anträge zu bearbeiten (inkl. Umwelt-Abo und Fernwärmeanschlüsse) stieg die Zahl der Anträge in 2020 auf 92, 2021 auf 231 und im letzten Jahr auf 249.

Entsprechend haben sich die ausbezahlten Fördergelder entwickelt:

2018:	31.596 €,
2019:	24.422 €,
2020:	65.869 €,
2021:	113.634 €,
2022:	142.853 €.

In diesem Jahr, mit Stand 5. Mai, wurden bereits 160 Anträge gestellt und 121.582 € an Fördergeldern ausbezahlt. Damit wurden u.a. 38 PV-Anlagen (59.214,00 €), 13 Wärmepumpen (21.893 €) und 43 Balkonkraftwerke (17.768 €) gefördert. Der Bereich PV-Anlagen (inkl. Balkonkraftwerke) und Wärmepumpen macht mit zusammen 98.875 € rund 81 % der bisher ausgegebenen Fördermittel aus.

Die Verwaltung rechnet damit, dass in diesem Jahr die Gesamtfördersumme bei über 200.000 € liegen wird.

Die Förderanträge für den ÖPNV sind seit 2018 zurückgegangen. Wurden 2018 und 2019 noch 40 bzw. 45 Jahreskarten mit 11.167 € bzw. 13.899 € bezuschusst, waren es 2021 und 2022 noch 21 bzw. 17 bezuschusste Jahreskarten. Eine Ursache für den Rückgang der ÖPNV-Nutzung ist wahrscheinlich die durch die Corona-Pandemie forcierte Zunahme von Homeoffice-Arbeitsplätzen.

Nach der derzeitigen Regelung zur Förderung des ÖPNV werden nur Jahreskarten für Jedermann im Abonnement und das Rhein-Neckar-Ticket gefördert.

Jahreskarten, die bereits in irgendeiner Weise bezuschusst und daher verbilligt angeboten werden, wie die Karte ab 60 oder das Maxx-Ticket, sind von einer Förderung durch die Gemeinde Brühl ausgenommen.

Das jetzt eingeführte Deutschlandticket für 49 €/Monat ist deutlich billiger als die Jahreskarten (nur erhältlich in den Preisstufen 1, 2 und Verbundgebiet) bzw. das für das gesamte Verbundgebiet geltende Rhein-Neckar-Ticket (101,50 €), selbst wenn diese mit 25 % von der Gemeinde Brühl gefördert werden (außer Preisstufe 1, die liegt mit Förderung rund 3 € unter dem Deutschlandticket, gilt dann aber nur für eine feste Fahrtstrecke). Insofern ist durch das günstige Deutschlandticket bereits ein ziemlich starker Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV vorhanden. Ob eine weitere Verbilligung durch eine zusätzliche Förderung der Gemeinde Brühl den Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV noch erhöht, ist fraglich. Die Verwaltung geht in diesem Fall eher von einem Mitnahmeeffekt aus. Außerdem ist anzunehmen, dass der Verwaltungsaufwand steigt, weil das Deutschlandticket monatlich kündbar ist und diejenigen, die das Ticket nur kaufen, um ein oder zweimal im Nahverkehr Ausflüge zu unternehmen, dann ebenfalls den Zuschuss beantragen können. Eine echte Förderung des ÖPNV ist dadurch nicht gegeben. Aus diesen Gründen sollte aus Sicht der Verwaltung die Förderung des ÖPNV nicht auf das Deutschlandticket ausgeweitet werden.

Gemeinderat Till (CDU) betonte, dass nun die positiven Auswirkungen zu spüren seien, welche im Januar durch den Rat beschlossen wurden. Die Balkonanlagen sind jetzt erkennbar und weitere Bürger würden sich für die Anschaffung und Förderung interessieren und sich Gedanken machen (niederschwellige Teilnahme).

Die CDU möchte für dieses Jahr an den Förderungen festhalten und danach eine finanzielle Auswertung vorgelegt bekommen. Es ist immer eine Anschubfinanzierung notwendig, so Herr Till. Er schlägt vor, sich im Oktober 2023 wieder zusammzusetzen, um zu beraten, wie es 2024 weitergehen soll. Er hofft, dass der Bund bis dahin klare Vorgaben erstellt hat, um diese auch in der Gemeinde kommunizieren zu können.

Zum Deutschlandticket hat die CDU einen eigenen Vorschlag der Förderung, denn die Ausführung der Verwaltung sei absolut nachvollziehbar. Die CDU könnte sich vorstellen, analog zu einer Jahreskarte das Deutschlandticket rückwirkend nach 12 Monaten mit 25% zu fördern. Dies würde bedeuten, dass der Bürger zuerst € 588,- bezahlt, die Quittungen dann einreicht und 25% erstattet bekommt, sprich €147,-. Mit diesem Betrag kann dann wieder ein Deutschlandticket erworben werden.

Gemeinderat Gredel (FW) begrüßte die Ausführungen seines Vorredners und stimmte dem Oktobertermin zu. Auch bezüglich Deutschlandticket seien die Freien Wähler offen.

Gemeinderat Zelt (SPD) bat um eine Liste der CO<sup>2</sup>-Einsparungen, betonte aber, dass das Deutschlandticket schon überall gefördert wird (Arbeitgeber). Er forderte die Verwaltung auf, dies auch zu tun.

Bürgermeister Dr. Göck und Frau Schneider, zuständig für Personal- und Organisation bei der Gemeinde Brühl, teilten mit, dass auch die Gemeinde Brühl mit 50% das Deutschlandticket fördert.

Gemeinderätin Grüning (GL) sagte, dass es das Ziel sein muss, alle Bürger zu unterstützen. Die Förderung kommt allen zugute. Sie betonte, dass die Energiewende schneller vorankommen muss. Auch die Mobilitätswende sei sehr wichtig und sie forderte, das Deutschlandticket immer mit 25% zu fördern. Als Vorbild nannte sie die Nachbargemeinde Schwetzingen.

Gemeinderat Kieser (CDU) sprach sich gegen eine Förderung des Tickets aus.

Schlussendlich einigte sich der Rat darauf, im Oktober alles nochmals zu besprechen.

**TOP: 16 öffentlich**

**Verabschiedung des „Klimaschutz- und Energieleitbild“ für die Gemeinde Brühl  
([ÜG\_01] des Klimaschutzkonzepts der Gemeinde Brühl)**

2022-0135/1/1

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Entwurf des „Klimaschutz- und Energieleitbildes“ ([ÜG\_01] des Integrierten Klimaschutzkonzepts für die Gemeinde Brühl) mit den vom Ausschuss für Technik und Umwelt vorgeschlagenen Änderungen zu und verabschiedet dieses.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Die Gemeinde Brühl hat in ihrem Klimaschutzkonzept die Maßnahme „Klimaschutz- und Energieleitbild“ verankert.

Im Klimaschutz- und Energieleitbild sollen die Grund- und Leitsätze der klimaverantwortlichen kommunalen Energiepolitik sowie konkrete Ziele zum Erreichen der postfossilen Gemeinde Brühl festgeschrieben werden. Das Leitbild bildet damit die Grundlage aller relevanten Planungen.

Die Erstellung eines Klimaschutz- und Energieleitbildes durch die Fa. Château Louis GmbH wurde in der Sitzung des Gemeinderats am 26.09.2022 beschlossen.

Ziel war, das Leitbild unter möglichst breiter Beteiligung der Bürgerschaft in einer „offenen“ Arbeitsgruppe zu erarbeiten. Hierfür fand am 02.02.2023 ein durch die Fa. Château Louis GmbH moderierter Workshop im Brühler Rathaus statt, in dessen Rahmen interessierte Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen und Vorschläge zu den vier Themenfeldern „Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienz“, „Mobilität und Verkehr“, „Nachhaltig leben und wirtschaften“ sowie „Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel“ aktiv einbrachten.

Die Vorschläge der Bürgerschaft wurden von der Fa. Château Louis GmbH in einem Entwurf für ein Klimaschutz- und Energieleitbild zusammengefasst.

Für eine dauerhafte Präsenz der gemeinsamen Ziele im öffentlichen Bewusstsein soll das Klimaschutz- und Energieleitbild nach seiner Verabschiedung in geeigneter Form veröffentlicht werden.

Das Leitbild kann, durch Beschluss, jederzeit ergänzt und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden.

Die Maßnahme „Klimaschutz- und Energieleitbild [ÜG\_01] des Integrierten Klimaschutzkonzepts für die Gemeinde Brühl wurde aufgrund der Pandemie zurückgestellt.

Diese fällt im Klimaschutzkonzept unter die Kategorie „höchste Priorität“ und sollte daher schnellstmöglich umgesetzt werden.

Der Entwurf des „Klimaschutz- und Energieleitbildes“ ([ÜG\_01] des Integrierten Klimaschutzkonzepts für die Gemeinde Brühl) wurde bereits im Ausschuss für Technik und Umwelt am 03.04.2023 vorberaten.

Der Ausschuss für Technik und Umwelt hat dem Gemeinderat die Verabschiedung des Entwurfs zum Klimaschutz- und Energieleitbildes mit den vom ihm vorgeschlagenen, geringfügigen Anpassungen empfohlen.

**Diskussionsbeitrag:**

Nachdem Bürgermeister Dr. Göck den Sachverhalt zum Leitbild dargelegt hat und darauf hinwies, dass wegen Corona das Leitbild erst jetzt verabschiedet wird, da es vorher nicht möglich war, ergriff Gemeinderat Reffert (CDU) das Wort. Er befand die Sätze im Leitbild als zu schwach und auch schwer verständlich.

Dr. Göck erwiderte, dass ein Leitbild keine konkreten Maßnahmen darstellt, sondern durch Bürgerbeteiligung Handlungsfelder vorgegeben werden.

Gemeinderat Gredel (FW) erklärte, dass am 26.09.22 der Erstellung eines Leitbilds durch den Rat zugestimmt wurde. Ein Leitbild kann jederzeit ergänzt und angepasst werden.

Gemeinderat Hufnagel (SPD) erklärte nochmals das Verschieben des Leitbilds wegen Corona nach hinten.

Gemeinderat Frank (GL) erklärte die Zustimmung der Grünen Liste, da 4 Handlungsfelder vorgegeben sind, mit denen nun gearbeitet werden kann.

**TOP: 17 öffentlich**

**Erneuerung Terrassengeländer „Alter Bäumelweg 1“ Metallbauarbeiten**

2023-0086

**Beschluss:**

Den Auftrag für die Metallbauarbeiten erhält die Firma Schmid Metallbau/ Schlosserei aus Ketsch zum Angebotspreis von 33.992,35 EUR.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Der Ausschuss für Technik und Umwelt stimmte in seiner Sitzung am 23.01.2023 zu, dass die Balkone und Terrassen dессaniert werden sollen.

Bei den Abrissarbeiten im EG wurde festgestellt, dass die in die Jahre gekommenen Terrassengeländer an Ihren Befestigungen im Erdreich ab gerostet waren.

1. Vergabe Terrassengeländer (Metallbauarbeiten)

Das Gewerk wurde nach den Bestimmungen der VOB beschränkt ausgeschrieben. Die Ausschreibungsunterlagen wurden vier Fachfirmen zugesandt.

Zum Submissionstermin am 24.04.2023 lagen 2 Angebote mit nachfolgenden geprüften Angebotssummen (brutto) vor:

Firma Schmid Metallbau aus Ketsch	<b>33.992,35</b> EUR
Bieter 2	37.223,20 EUR
Bieter 3	.....
Bieter 4	.....

Die Bieter drei und vier konnten auf Grund der nicht Abgabe, nicht gewertet werden.

Somit liegt das in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht annehmbarste Angebot von der Firma Schmid Metallbau/Schlosserei aus Ketsch vor.

Die Verwaltung schlägt vor, der Firma den Zuschlag zu erteilen.

Die Kosten wurden vom Bauamt auf 30.000 € geschätzt.

**Diskussionsbeitrag:**

Bürgermeister Dr. Göck erklärte kurz, warum das Terrassengeländer im Alten Bäumelweg 1 erneuert werden muss.

Der Gemeinderat fragte nach der Farbe des Geländers. Ortsbaumeister Reiner Haas wird die Farbe nachreichen.

**TOP: 18 öffentlich  
Informationen durch den Bürgermeister**

**TOP: 18.1 öffentlich**

**Anfrage GR Rösch v. 24.04.2023 -Freilaufende Hunde-**

Dr. Göck gab bekannt, dass das Anliegen von Gemeinderätin Rösch bezüglich der freilaufenden Hunde im Bereich der Sprauwaldäcker in der Brühler Rundschau am 12.05.2023 mit einer Karte und einem kleinen Artikel behandelt wurde.



**TOP: 19 öffentlich**  
**Fragen und Anregungen der Mitglieder des Gemeinderats**

**TOP: 19.1 öffentlich**  
**Gemeinderat Gothe**

Er erklärte, dass er auf Nachfrage bei Apotheke und Bäcker bezüglich der Nahversorgung auf dem Rohrhof Entwarnung geben könne. Diese beiden Geschäfte werden auch weiterhin erhalten bleiben.

**TOP: 19.2 öffentlich**  
**Gemeinderätin Stauffer**

Sie sprach das Thema Schottergärten an und forderte den Rückbau dieser Gärten, da bei der letzten Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt dies in der Geierstraße ebenfalls vollzogen wurde. Sie fragte, was die Gemeinde gegen diese Schottergärten unternehmen würde. Karlsruhe würde auch dagegen vorgehen.

Antwort Ortsbaumeister Reiner Haas:

Er erklärte, dass die Zuständigkeit erstens beim Baurechtsamt liegen würde und zweitens, es in einer Verordnung heißt: gärtnerisch anlegen. Die Auslegung ist somit recht weit gefasst, da ein japanischer Garten z.B. mit vielen Steinen angelegt sei.

**TOP: 19.3 öffentlich**  
**Gemeinderat Pietsch**

Er erklärte seiner Fraktionskollegin, dass es die Schottergärtenverordnung erst seit 2022 gibt und es sehr unwahrscheinlich und rechtlich bedenklich ist, frühere Gärten zurückzubauen. Außerdem wurde die Geierstraße nur beanstandet, da erst alles fertig gebaut wurde und dann ein Bauantrag gestellt wurde.

Antwort des Bürgermeisters:

Dr. Göck sagte, dass man nur bei neuen Bauanträgen auf die Schottergärten hinweisen könne und Anzeigen jetzt unnötig viel Unruhe in die Gemeinde bringen würden.

**TOP: 19.4 öffentlich**  
**Gemeinderat Hufnagel**

Er erklärte, dass große Städte ein eigenes Baurechtsamt unterhielten und somit ganz anders reagieren könnten als die Gemeinde Brühl, die das Baurechtsamt des Rhein-Neckar-Kreises einschalten müsste.

**TOP: 19.5 öffentlich**  
**Gemeinderat Hufnagel**

Er wollte wissen, wie es sich mit der Baustelle in der Karpfengasse verhalten würde und ob die Festhalle jetzt an die Fernwärme angeschlossen sei.

Antworten des Bürgermeisters und Ortsbaumeister Reiner Haas:

Dr. Göck erwiderte, dass die Festhalle nicht über die Hauptstraße angeschlossen würde, da man einen anderen Zugang gefunden hätte.

Ortsbaumeister Haas erklärte, dass die Baustelle in der Karpfengasse nicht abgenommen wurde, da Lastplattenversuche gescheitert seien, da falsches Material durch die MVV eingebracht wurde. Daher gilt im Moment ein Baustopp bis das richtige Material eingebaut sei.

**TOP: 19.6 öffentlich**

**Gemeinderätin Grüning**

Sie ging nochmals auf die Schottergärten ein

Antwort Ortsbaumeister Reiner Haas:

Er erklärte ruhig alles noch einmal

**TOP: 19.7 öffentlich**

**Gemeinderat Frank**

Er schlug vor, die Pflanzkisten des Umweltvereins zu bewerben.

Antwort des Bürgermeisters:

Dr. Göck sagte dies zu. Frau Hauck vom Umweltverein wird eine pdf an Haupt- und Ordnungsamtsleiter Jochen Ungerer senden, der diese dann auf der Homepage veröffentlicht.

**TOP: 19.8 öffentlich**

**Gemeinderat Gaisbauer**

Er wollte wissen, ob es schon Antworten von Rechtsanwalt Roth bezüglich der Fragen der BI Geothermie gäbe.

Antwort des Bürgermeisters:

Dr. Göck antwortete, dass er mit Rechtsanwalt Roth in Kontakt stände, dieser aber noch nicht alles fertig habe.

**TOP: 19.9 öffentlich**

**Gemeinderat Gaisbauer**

Er fragte nach dem Stand des Fasanriedamms.

Antwort des Bürgermeisters:

Dr. Göck erklärte, dass das Ganze Unterfangen nicht so einfach sei, da hier mehrere Behörden zusammenarbeiten müssen und die Belange gewahrt werden müssten. Dies betrifft die untere Naturschutzbehörde und die Wasserbehörde, die sich über Ausgleichsflächen einigen mussten. Es sollen, so Dr. Göck, Spundwände eingezogen werden.

Der Vertreter der Presse, Ralf Strauch, hakte ein und erklärte, dass damalige Regelungen durch neue ersetzt worden wären und diese auch beim Damm in der Fasanerie umgesetzt werden müssten.

Haupt- und Ordnungsamtsleiter Jochen Ungerer, der auf einer Hochwassertagung in Karlsruhe war wird den Gemeinderäten die neueste Präsentation zum Hochwasserdammenschutz per Mail zur Verfügung stellen.

**TOP: 19.10 öffentlich**

**Gemeinderätin Stauffer**

Sie wollte wissen, wann die Baustelle in der Nibelungenstraße geschlossen werden würde, da die kleine Vertiefung eine Zumutung wäre.

Antwort Ortsbaumeister Reiner Haas:

Herr Haas antwortete, dass die Firmen immer mehrere Verschleißdecken gleichzeitig fertigmachen würden.

**TOP: 20 öffentlich**  
**Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger**

**TOP: 20.1 öffentlich**  
**Zwei Bürger (Hauck und Sprengel)**  
Sie äußerten sich nochmals zu den Schottergärten.